

Zeitschrift: Allgemeine schweizerische Militärzeitung = Journal militaire suisse =
Gazetta militare svizzera

Band: 86=106 (1940)

Heft: 8

Artikel: Vergleichende Kriegsfinanzierung

Autor: Schorer-Laforêt, Edgar

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-16747>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 01.05.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zofingen, August 1940

No. 8/86. Jahrgang

106. Jahrgang der Helvetischen Militärzeitschrift

Allgemeine Schweizerische Militärzeitung



Journal Militaire Suisse Gazzetta Militare Svizzera

Organ der Schweizerischen Offiziersgesellschaft

Redaktion: Oberstdivisionär E. Bircher, Aarau

Mitarbeiter: Oberst K. Brunner, Zürich; Oberst O. Brunner, Luzern; Colonel F. Chenevière, Genève; Oberst G. Däniker, Wallenstadt; Oberst i. Gst. H. Frick, Bern; Oberst W. Gubler, Frauenfeld; Komm.-Oberstlt. F. Kaiser, Bern; Colonnello E. Moccetti, Massagno; Colonnello M. Montfort, Bern; Capitaine E. Privat, Genève; Oberst M. Röthlisberger, Bern; Capitaine A. E. Roussy, Genève; Oberstkörps-Kdt. U. Wille, Meilen

Adresse der Redaktion: Zeitlocken 2, Bern

Telephon 2 40 44

Vergleichende Kriegsfinanzierung

Von Dr. Edgar Schorer-Laforêt.

1. Bedeutung der Kriegsfinanzierung überhaupt.

Der Kriegswirtschaft wird seit dem letzten Weltkrieg grösste und erfolgreiche Beachtung geschenkt. In sozusagen allen Ländern wurden eigene Ausschüsse zum Studium und eigene Verwaltungen zur Organisation der Kriegswirtschaft ins Leben gerufen. Auch in der Schweiz kam man dieser Pflicht in reichlichem Masse nach. Die verschiedensten Behörden befassten sich mit wehrwirtschaftlichen Fragen und eine stattliche Literatur erblickte das Tageslicht¹⁾.

Die Frage der Kriegsfinanzierung wurde dagegen unstreitig stiefmütterlich behandelt. In Deutschland haben sich eigentlich nur der hervorragende Nationalökonom Jens Jessen²⁾ und Horst Jecht von der Berliner Universität eingehender mit diesem

1) Vgl. Sonderheft: Schweiz. Wehrwirtschaft, Allg. Schw. Militärzeitung, Februar 1939.

2) Jens Jessen, Wehrwirtschaft und Finanzpolitik, in Finanzarchiv, Bd. V, Tübingen 1938, S. 1—20.

äusserst heiklen Problemkreis abgegeben³⁾. In der Schweiz geschah sehr wenig, um nicht zu sagen nichts, in Frankreich, England, Kanada auch nicht gerade sehr viel⁴⁾.

Der Grund dafür ist naheliegend. Dass Deutschland im Weltkrieg nicht militärisch besiegt, sondern nur wirtschaftlich unterlegen war, sah man klar und deutlich ein. Es galt daher dieser Gefahr vorzubeugen. Das war umso leichter, als es keiner besonderen Begabung bedurfte, um zu begreifen, dass ein Land, das über keine Rohstoffe mehr verfügt, seine Truppen nicht mehr ernähren und mit Munition beliefern kann, den Kampf einstellen muss. Der neuen Waffe des Wirtschaftskrieges setzte man die Waffe der Autarkie und der Wehrwirtschaft entgegen. Der abessinische Krieg erhärtete, dass die Blockade keine unüberwindbare Waffe sei. Berechtigung und Notwendigkeit der Wehrwirtschaft waren zur Allgemeinüberzeugung geworden.

Anders mit den unglücklichen Finanzen. «Kriegsfinanzprobleme stellen sich überhaupt nicht», sagte mir einmal ein Nationalrat. Damals war noch Frieden. Heute sind schon Monate eines neuen und tragischen Krieges vorüber. Langsam, mühevoll bricht sich die Einsicht Bahn, dass auch finanzielle Probleme sich stellen. Aber eine andere Einsicht ist immer noch nicht vorhanden, obwohl sie erst die richtige Grundlage zur Beurteilung des gesamten Fragenkomplexes in die Hand gibt. Diese Einsicht liegt in den Worten: *die kriegsfinanziellen Probleme dürfen sogar noch wichtiger und einschneidender sein als die kriegswirtschaftlichen Probleme.*

Während der Weltwirtschaftskrise von 1929 bis 1935 bekam man oft die durchaus zutreffende Ansicht zu hören, dass der vorausgegangene Weltkrieg die letzte Ursache dieser internationalen wirtschaftlichen Erschütterung sei. Und doch beging man dabei meist den Fehler, die Ursache in wirtschaftlichen und nicht in finanziellen Störungen zu erblicken. Die namenlosen Finanzkatastrophen der unmittelbaren Nachkriegszeit: vom Zusammenbruch des Rubels über den von nicht weniger als dreissig anderen Währungen und der deutschen Inflation geht eine Kette, die bis zur Abwertungswelle reicht, welche 1931 bis 1936 die Welt heimsuchte. Gewiss war die letzte grosse Krise eine Wirtschaftskrise. Darin unterschied sie sich nicht von all den vielen Krisen, die ihr vorausgegangen waren. Sie war aber darüber hinaus noch eine Finanzkrise ungeheureren Ausmasses, eine Krise der öffentlichen Finanz ebenso gut wie der Privatfinanz. Das verdankte die Krise der Finanzgebarung während des Weltkrieges und in

3) Horst Jecht, Kriegsfinanzen, Jena 1938.

4) Harold Macmillan, Economic aspects of defence, London 1939.

der unmittelbar darauffolgenden Nachkriegszeit, die man als Zeit ungeheuerlichster Vergeudung kennzeichnen muss.

Aus dieser Erschütterung der materiellen Grundlagen ihrer Existenz gingen Bewegungen hervor, welche nun Völker in neuem Ringen gegeneinander führen. So sehen wir dreierlei:

- a) die Kriegsfinanz hat viel tiefgreifendere und langandauerndere Auswirkungen als die Kriegswirtschaft;
- b) die Kriegsfinanz führte über Wirtschaftskrieg und Wirtschaftskrise zu einem neuen Völkerringen;
- c) die Kriegsfinanz tritt heute wieder an uns mit der Forderung heran, die furchtbaren Probleme, die sie aufwirft, entweder zu lösen oder auf dem Weg der Scheinlösungen in neue Krisen und Konflikte zu geraten.

Wenn es unverzeihbar gewesen wäre, die Kriegswirtschaft irgendwie zu vernachlässigen, so muss es bei genauer sachlicher Ueberlegung jedermann unentschuldbarer erscheinen, der Lösung der wehrfinanziellen Fragen auf dem Wege der Scheinlösungen auszuweichen. Gewiss, das Geld ist nicht alles, es ist sogar in mancher Hinsicht von untergeordneter Bedeutung. Es wäre aber verfehlt, die Finanzwirtschaft nur in Geldfragen aufgehen zu lassen. Es handelt sich hier vielmehr um die grundlegende Frage der besten Verteilung des Sozialproduktes der Nation.

II. Kriegsfinanzierung des Auslandes.

Da der uns zur Verfügung stehende Raum im Verhältnis zur Frage, die hier behandelt wird, recht knapp bemessen ist und auch sein muss, so werden wir die Darlegung so schematisch als möglich gestalten. Form und Vollständigkeit werden darunter leiden.

Es gibt *drei Typen der Kriegsfinanzierung*:

- a) die Kriegsfinanzierung aus dem laufenden Einkommen des gesamten Volkes heraus, allerdings mit beiläufiger Heranziehung der Geldschöpfung und der Anleihe: kurz, *Steuerfinanzierungstypus*;
- b) die Kriegsfinanzierung auf dem Wege der Zukunftsbelastung, wie sie durch kurz- und langfristige Anleihen, der massvollen Inflation, besonders der Kreditinflation, dargestellt wird, wobei selbstverständlich keineswegs auf eine zusätzliche Steuerleistung verzichtet wird;
- c) die Kriegsfinanzierung durch Heranziehung des eroberten Landes, das auf nur alle denkbare Weise die Kosten des Feldzuges ganz oder teilweise zu decken hat.

Die beiden letzten Formen möchten wir als *Anleihefinanzierung* und als *Nutzungsfinanzierung* umschreiben. Wir werden sehen, dass die letztgenannte Art mehr als nur ein historisches

Interesse hat, möge sie auch praktisch nur in beschränkter Zahl von Fällen möglich sein.

Bevor wir zur Betrachtung der einzelnen Typen übergehen, möchten wir noch in Kürze das Feld der Erörterungen abstecken. Was ist überhaupt Kriegsfinanzierung? Die Beschaffung des zum Krieg nötigen Geldes? Nein, diese Fassung ist in unserer Zeit zu eng geworden. Am besten geben wir die Definition von Prof. Dr. Karl Thalheim wieder: «Kriegsfinanzierung ... ist ... Gestaltung der Volkswirtschaft mit dem Ziele, den Einklang zwischen dem durch die Kriegsführung entstehenden Mittelbedarf und seiner Deckung zu erreichen»⁵⁾. «Kriegsfinanzierung ist gleichzeitig ein geldwirtschaftliches und ein güterwirtschaftliches Problem»⁶⁾. Mangels dieser fundamentalen Einsicht glaubten die verantwortlichen Staatsmänner einiger Nationen, mit der Bereitstellung des Geldes sei das Finanzproblem des Krieges gelöst. Unheilvolles Oberflächentum! Es dreht sich vielmehr darum, in welchem Umfang und in welcher Form die Kaufkraftabschöpfung zugunsten der öffentlichen Hand stattfindet.

«Güterwirtschaftlich gesehen bedeutet Kriegsfinanzierung die Beschaffung aller derjenigen Sachgüter und Leistungen, die für die Zwecke der Kriegsführung erforderlich sind. Die Quellen dieser Güterbeschaffung sind die folgenden:

1. Die laufende Erzeugung, das Sozialprodukt ...
2. Die Aufzehrung von Vermögensbestandteilen ...⁷⁾»

Wie will man den Krieg finanzieren? Indem man mehr erzeugt und anderes erzeugt, und indem man weniger und anderes verbraucht. Diese beiden Grundpfeiler werden meistens ob der weit weniger wichtigen formalen Geldbeschaffungsfrage übersehen.

Indem man mehr erzeugt und anderes erzeugt: es ist das sehr schwierig, weil die aktiven Arbeitskräfte durch den Militärdienst entzogen sind, ferner weil die Umstellung nicht reibungslos geht. Zur optimalen Kriegsfinanzierung gehört daher eine «Mindestarmee», wie sie Deutschland aufgestellt hat. So wenig Truppen als nur möglich, dafür Truppen von unerhörter technischer Durchbildung, auserlesenstem Talent, mit den modernsten Waffen versehen. Daneben Arbeiter, die ein Maximum von Geschicklichkeit und Berufseignung mit einer ungebrochenen physischen Arbeitskraft vereinen und zu harten Arbeitsopfern bereit sind. Aber noch ein Drittes ist erforderlich. Die Produk-

5) Prof. Dr. Karl Thalheim: Die Grundlagen der deutschen Kriegsfinanzierung, in Weltwirtschaftliches Archiv, Bd. 51, Mai 1940, Heft 3, S. 437.

6) Ebenda S. 437.

7) Ebenda S. 438.

tionsstätte muss mit ihrer Arbeiterschaft zu rascher Umstellung geeignet und gewillt sein. Es bedarf daher einer äusserst wendigen Leitung, gewisser Kapitalreserven, Arbeiter, die ihre Freizeit zur Erlernung eines neuen, kriegswichtigen Berufes verwendeten. Unter diesen Bedingungen kann, bei hinreichender Rohstoffreserve, die Umstellung rasch und reibungslos vor sich gehen: es wird intensiver produziert werden, statt Verbrauchsgüter des zivilen Bedarfes werden Verbrauchsgüter der Landesverteidigung, Produktionsgüter für die Rüstungsindustrien, kriegswichtige Rohstoffe in immer steigendem Masse hervor gebracht.

Das Zentralproblem liegt in den Worten: *Mehr erzeugen, weniger verbrauchen!* geborgen. Die fast unüberwindliche Schwierigkeit haftet eben gerade an dieser Produktionssteigerung, die mit einem Minderverbrauch gepaart sein muss. Durch hohe Löhne lässt sich die Erzeugung schon steigern, aber der Konsum schnellst ebenbürtig in die Höhe und das Endresultat ist gleich geblieben. So kann man die finanzielle Aufgabe des Krieges nicht bewältigen. Und so ist sie auch nirgends bewältigt worden.

Wie finanziert nun *Deutschland den Krieg?*

Diese Frage lässt sich nur zum Teil beantworten, sonst müsste man das ganze deutsche Wirtschaftssystem darlegen. Durch Gegenüberstellung mit 1914—1918 dürfte die neue Finanzierungsart am deutlichsten sichtbar werden.

a) 1914 besass das Deutsche Reich beträchtliche Goldmengen und ansehnliche Auslandsguthaben, von denen wenigstens die Hälfte ohne besondere Schwierigkeit mobilisiert werden konnten. Das geschah denn auch tatsächlich und stellte eine Art Kostendeckung durch Verzehr von Volksvermögen dar. 1939 erklärten England und Frankreich einem Deutschland den Krieg, das so gut wie kein Gold mehr besass und auch nur über geringe und schwer mobilisierbare Auslandsguthaben verfügte. «Für die Zwecke der inneren Kriegsfinanzierung ist die Goldreserve völlig bedeutungslos. Anders liegen die Dinge bei der ausserwirtschaftlichen Kriegsfinanzierung: hier kann die Goldreserve ebenso wie das liquidierbare Auslandskapital für die Bezahlung von Auslandslieferungen herangezogen werden.»⁸⁾ Deutschland verfügte 1939 über eine Finanzierungsmöglichkeit weniger als 1914. Es musste dafür Ersatz schaffen und tat es auch, wie wir noch sehen werden.

b) 1914 verfügte das Kaiserreich unter Wilhelm II. über einen recht wenig in Anspruch genommenen Finanzmarkt mit grossen unerschöpften Möglichkeiten. Es lag daher nahe, die Kriegsfinanzierung auf dem Anleienswege durchzuführen. Das geschah tat-

⁸⁾ Thalheim, zit. Art. S. 439.

sächlich auch, und zwar mit einem derartigen Erfolg, dass man diesem Weg bis zum Kriegsende treu blieb. 1939 dagegen war der Kapitalmarkt keineswegs so leistungsfähig mehr, obschon er an sich gesund und wohlgeordnet war. Nach Hitlers eigenem Wort hatten Westwall und Aufrüstung 90 Milliarden verschlungen⁹⁾, wovon der grösste Teil auf dem Steuerwege zusammengebracht worden war. Das hatte nur noch eine beschränktere private Reserve- und Kapitalbildung erlaubt. Begreiflicherweise sah man von der Anleihe als Hauptfinanzierungsmittel ab. Das bedeutete einen Bruch mit der Vergangenheit. Die sich durchsetzende Finanzierungsart war die Mittelbeschaffung auf dem Steuerwege.

c) 1914 hatte man Geld- und Goldreserven im Hinblick auf den kommenden bewaffneten Konflikt geschaffen, die für die erste Zeit des Krieges ausreichen sollten. 1939 gab es so etwas nicht. Für die Verteidigung war wohl vorgesorgt. An eine Offensive scheint man weniger gedacht zu haben. Dafür bestanden beträchtliche Waren- und Rohstofflager. An die Stelle der geldlichen Vorfinanzierung war die Realwertvorfinanzierung getreten. Auch das war etwas grundlegend Neues. Italien hatte allerdings das Vorbild gegeben.

Deutschland wählte den *Steuerfinanzierungstypus* nicht zufälligerweise. Er entsprach vielmehr der inneren Struktur des Landes und einem sorgfältig ausgedachten Gesamtplane. Steuer ruht entweder auf Vermögen oder auf Einkommen. Deutschland wählte nun als Hauptfinanzierungsquelle die Einkommenssteuer, auf Grund der durchaus einzigen Ueberlegung, dass so auch die Vermögen voll und ganz erfasst werden, nämlich als Einkommensquelle, und dass es dem Wesen und Ziel der Kriegsfinanzierung nicht entspreche, den nationalen Reichtum zu vermindern, sondern nur den Konsum zu beschränken, was einzig und allein auf dem Weg der Einkommenssteuer und der indirekten Steuern geschehen kann.

Damit aber eine Steuer etwas eintrage und möglichst viel eintrage, muss zuerst etwas vorhanden sein, das ihr eine Grundlage bietet. Die Möglichkeit und der Ertrag der Einkommenssteuer hängen von der Existenz und dem Umfang der Einkommen ab. Sie zu vermehren, und sogar bedeutend zu vermehren, war daher vorausschauende und kluge Finanzpolitik. In welchem Mass das im Deutschen Reich geschah, erhellen folgende beide Zahlen:

Im Jahre 1932 betrug das Einkommen des gesamten Volkes, allerdings nur mit höchster Annäherung bestimmt, 56,824 Millionen Rm. Im Jahre 1938 dagegen war die Summe von 96,294 Mil-

⁹⁾ Vgl. Münchner Neueste Nachrichten vom 1. Februar 1940.

lionen Rm. erreicht, was eine Steigerung von annähernd 76 % ausmacht.

Aus diesem Volkseinkommen sind zu bestreiten:

- «1. Die Kriegsfinanzierung.
2. Der sonstige laufende Bedarf der öffentlichen Hand im weitesten Sinn.
3. Der Investitionsbedarf der Volkswirtschaft ...
4. Der notwendige Bedarf der Bevölkerung.

Es ist die Kunst der Kriegsfinanzierung, diese vier Aufgaben zueinander in ein richtiges Verhältnis zu bringen.»¹⁰⁾

Ohne diese planvolle, langjährige Vorbereitung wäre natürlich eine solch riesenhafte Mittelbeschaffung durch blosse Steuern unmöglich. Aber Deutschland erzog sein Volk schon seit 1933 zum Opferbringen, mitunter zu hartem Opferbringen. Zudem sind die Steuern nicht die ausschliessliche, sondern nur die wichtigste Finanzierungsquelle. Reine Typen gibt es in der finanzwissenschaftlichen Typologie eben überhaupt nicht.

Zweierlei muss daher vom deutschen Typus festgehalten werden:

- a) Verzicht auf jede Art von Vermögensabgabe;
- b) möglichst ausgeglichene und umfassende Besteuerung.

«Der Staatssekretär im Reichsfinanzministerium, Fritz Reinhardt, hat eindeutig die Erhebung einer Vermögensabgabe zur Finanzierung des Krieges abgelehnt. Der Krieg wird also, da zugleich auch die Auflegung von Kriegsanleihen nicht in Aussicht genommen ist, nicht aus dem Volksvermögen finanziert, sondern aus dem Einkommen. Die neuen Steuern sind, wie man annehmen darf, so zugeschnitten, dass die Kriegsfinanzierung, soweit sie nicht aus den laufenden Staatseinnahmen bestritten werden kann, die Aufnahme kurzfristiger Kredite in einem Umfang erfordert, der keine Gefahr für die Währung darstellt. Der Kern der Finanzierung liegt jedenfalls bei den Steuern; der Kriegszuschlag zur Einkommenssteuer und die erhöhte Besteuerung einiger Genussmittel soll die Mittel schaffen, die erforderlich sind, um den Kriegssold der Wehrmacht, alle anderen persönlichen Kriegsausgaben und den sachlichen Aufwand, die Rüstung zu bezahlen.»¹¹⁾

Deutschland lernt aus der eigenen Erfahrung und aus der anderer Staaten. Es beharrt daher nicht auf der alten Methode, sondern sucht jederzeit die passendste aus. «Die heutige Methode der Mittelaufbringung weist schon wegen ihrer Einbettung in das

10) Thalheim, zit. Artikel, S. 445/46.

11) Muthesius, Kriegsfinanzierung aus dem Einkommen, Wirtschaftsblatt der Deutschen Allg. Ztg. 20. IX. 1939.

System der autoritären Wirtschaftslenkung ein völlig anderes Gesicht auf als diejenige des Weltkrieges.» Jedem System seine Methode. Der Schweiz eine schweizerische, keine englische und keine französische Finanzierungsmethode, wie Deutschland eine deutsche¹²⁾, das war eine unserer eigenen, ungehört verhaltenen Grundforderungen.

Die tatsächliche Kriegsfinanzierung vollzog sich im Reich in folgenden Stufen:

- a) Zunächst hat der Kriegsausbruch infolge der Kosten der verstärkten Mobilisierung und des polnischen Feldzuges zu einer erhöhten Geld- und Kreditschöpfung geführt...
- b) Neben der Inanspruchnahme zusätzlicher Kredite bei der Reichsbank und den Kreditbanken steht seit Beginn des Krieges, und zwar wiederum in unmittelbarer Fortsetzung der Vorkriegspolitik, die Inanspruchnahme des Kreditmarktes durch Ausgabe mittel- und langfristiger Schuldverschreibungen des Reiches...
- c) Drittens ist zur Aufbringung der Kriegskosten der Weg der Besteuerung beschritten worden. Wiederum zeigt sich hier die unmittelbare Fortsetzung der Friedensfinanzpolitik.»¹³⁾

Ergänzend möchten wir noch hinzufügen, dass die Reichsschuld von 30,7 Milliarden am 31. März 1939 auf 41 Milliarden am 31. Dezember 1939 angewachsen ist, und dass die Steuererhöhungen in folgendem bestanden: Kriegszuschlag von 50 % zur Einkommenssteuer und gestaffelte Erhöhung der Steuern auf Alkohol und Tabak sowie andere Luxusgegenstände. Man rechnet mit einem Mehrertragnis von 15 % der bisherigen Gesamteinnahmen.¹⁴⁾

«Eine verhältnismässig geringe Rolle spielen die langfristigen Anleihen.»¹⁵⁾ Ja man kann sagen, dass praktisch bisher überhaupt darauf verzichtet wurde, mögen später auch noch Konsolidierungsanleihen zu niedrigem Zinssatz aufgelegt werden. Zusätzliche Hilfe leistete die Geldschöpfung: «Eine Inanspruchnahme der Geldschöpfungsmöglichkeiten für die Kriegsfinanzierung während der ersten Kriegszeit war unvermeidlich. Kein Land kann sich diesem Zwang bei der Aufbringung der Mobilisierungs- und ersten Kriegskosten entziehen.»¹⁶⁾ Doch verhütete man es peinlich, irgendwelche inflationistische Auswirkungen zu-

12) Edgar Schorer, Probleme schweizerischer Kriegsfinanz, Monatsschr. d. Schw. Stud. Ver. Nr. 7, Jahrgang 1940.

13) Horst Jecht, Stand und Probleme der deutschen Kriegsfinanzierung, Weltwirtsch. Archiv, Bd. 51, Heft 3, 1940, S. 476.

14) Vgl. The Economist, 16. März 1940.

15) Jecht, zit. Art., S. 479.

16) Ebenda S. 479.

zugestehen. Eine ebenso scharfe als wirksame Preiskontrolle verhütete, dass die neu zugeführten Geldmassen zu einem Emporschnellen der Preise führten.

Abschliessend kann man mit Prof. Horst Jecht sagen: «Hinsichtlich der Aufbringung der Kriegskosten ist im Gegensatz zum Weltkrieg Deutschland diesmal das Land mit dem grössten Anteil der steuerpolitischen Deckung der Kriegsausgaben. Das schliesst allerdings nicht die Notwendigkeit aus, weiter auf dem Weg der echten Kaufkraftabschöpfung durch Steuern und Anleihen fortzuschreiten, um eine zusätzliche Geldschöpfung mit ihren verhängnisvollen Auswirkungen zu vermeiden.»¹⁷⁾ Kein Gold, aber auch keine Inflation, keine langfristigen Anleihen, dafür Steuern.

Damit ist erst der innenwirtschaftliche Teil der Kriegsfinanzierung Deutschlands besprochen. Doch ist dieses kein absolut, sondern ein nur sehr relativ autarker Staat. Deutschland kann auf die indirekte Mitarbeit des Auslandes nicht verzichten. Gold und Auslandsguthaben besitzt es, wie gesagt, nur in bescheidenstem Ausmasse. Es könnte noch gegen Dienste Auslandswaren erhalten. Aber in Kriegszeiten sind diese Möglichkeiten stark herabgesetzt. Wie will also Deutschland aussenwirtschaftlich seine Kriegskosten bestreiten? Genau auf dem gleichen Weg, aber mit anderen Mitteln, nämlich durch eine innerlich gekräftigte, exporttüchtige Wirtschaft.

Bei der Binnenwirtschaft war die Frage der Beschaffung primär, die der Bezahlung aber sekundär. In den Aussenwirtschaft ist aber die Bezahlung primär und die Beschaffung sekundär, obwohl man letztere in keiner Weise unterschätzen darf.

Es wäre ein folgenschwerer Irrtum, zu glauben, dass der Friedensexport aufrecht erhalten werden könne. Durch Krieg und Blockade, durch mannigfaltige Erschwerung des Verkehrs wird der Export ebenso sehr gehemmt wie durch die Veränderung der Nachfrage. Es werden wieder verstärkte Mengen von Produktionsgütern nachgefragt. Luxus- und nicht absolut erforderliche Verbrauchsgüter fallen immer mehr hinweg. Es genügt also nicht, eine leistungsfähige Exportindustrie zu besitzen. Sie muss darüber hinaus anpassungs- und umstellungsfähig sein. Nur so wird sie zu einer sicheren Quelle der Finanzierung des kriegsnötigen Importes.

Es gelang auch das dem Deutschen Reich in überaus befriedigendem Ausmass. Vom Weltmeer teilweise verdrängt und daher von früheren Lieferanten und Abnehmern abgeschnitten (Mittel- und Südamerika), wusste sich das Reich im Südosten Euro-

17) Ebenda S. 486.

pas einen neuen Lieferanten und Abnehmer zu sichern. Auch die Handelsbeziehungen zu Nordeuropa wurden ausgebaut.

Damit war der Export untergebracht und der Import gesichert. Dieser Fall hat mehr als nur lokales Interesse. Er erhärtet unter anderem, dass eine leistungswillige Industrie es vermeiden kann, dass ein kriegführendes Land in schwere finanzielle Verschuldung gerät. Grossbritannien hat heute noch eine Schuld von 5½ Milliarden Pfund vom letzten Kriege her. Mit der neuen deutschen Methode liesse sich das vermeiden. Was man bezieht, bezahlt man gleich mittels Warenlieferungen. So kommt es überhaupt nicht zu einem Schuldnerverhältnis. Das ist für die Nachkriegszeit von grösster Bedeutung.

Wie ist es aber möglich, den eigenen kriegswirtschaftlichen Bedarf zu decken und dabei noch auszuführen, und zwar mehr als zur Friedenszeit? Einzig und allein durch eine technisch vollendete, planmässige Durchorganisation der gesamten Wirtschaft. Es war nichts Leichtes, der durch die Weltkrise so sehr erschütterten deutschen Industrie diese Struktur zu geben. Es mussten die Voraussetzungen für die Erzeugung eines Sozialproduktes vom grössten Umfang geschaffen werden. Die Arbeiter mussten umgeschult werden: von der laxen Extensiv- und Flüchtighkeitsarbeit zum intensiven, langen, tadellosen Schaffen.

Auch hier sehen wir, dass, entgegen der allgemein verbreiteten Anschauung, die Kriegsfinanzierung nicht ausschliesslich, nicht einmal in erster Linie eine Geldfrage ist, sondern ein soziales Verteilungsproblem. Die Schwierigkeit liegt in der Bemessung der Beschränkungsmöglichkeit. «Es entsteht die Frage: In welchem Umfang ist eine Beschränkung des privaten Konsums zugunsten der aussenwirtschaftlichen Kriegsfinanzierung möglich? Dabei ist zu berücksichtigen, dass in der Gesamtsumme des Privatverbrauches sehr starrer Bedarf (Wohnungsmieten) und wenig elastischer Bedarf (Ernährungsausgaben) einen erheblichen Anteil einnehmen. Unter Berücksichtigung dieser Sektoren dürfte eine Konsumbeschränkung auf etwa 70 % des Vorkriegsstandes wohl als das auf längere Sicht noch psychologisch vertretbare Maximum anzusehen sein.»¹⁸⁾

Es liegt selbstredend nicht überall die gleiche Beschränkungsnotwendigkeit vor: kleine, wenig autarke Länder müssen sich weit mehr einschränken als grosse halbautarke Staaten, rohstoffreiche und dünnbesiedelte Länder weniger als rohstoffarme und dichtbesiedelte Länder. In Wirklichkeit ist es aber meist umgekehrt, weil dichtbesiedelte Länder einen höhern Lebensstandard haben und oft zäh daran festhalten.

18) Thalheim, zit. Art. S. 447.

Wie finanzierte *Belgien* seine Landesverteidigung? Es liegt hier ein ausgesprochener Mischtypus vor, mit gewissen Anlehnungen an das deutsche System. Zuerst wurden Landesverteidigungsanleihen aufgelegt und die Geldschöpfungsmöglichkeiten ausgenützt. Die Verhütung der inflationistischen Wirkung gelang bei weitem nicht so gut und gewisse Preisgruppen zogen stark an. Die Steuerschraube ward angezogen: Erhöhung der schon bestehenden Steuern neben Schaffung neuer Steuern, worunter die Ausländerkriegssteuer ein origineller Gedanke war.¹⁹⁾

Trotz der erfolgreich aufgelegten 2 Milliarden «Unabhängigkeitsanleihe» hatte sich die Finanzlage des belgischen Staates kurz vor dem Einmarsch der Deutschen sehr heikel gestaltet, wegen der grossen sozialen Lasten — 154,000 Arbeitslose — und dem notwendigen Misslingen der Preiskontrolle: verglichen mit August 1939 waren die Grosshandelspreise im April 1940 um 41,4 %, die Lebenshaltungskosten um 9,5 % gestiegen²⁰⁾. Die starke Betonung des Fürsorgestaates liess die belgischen Finanzen äusserst gefährdet erscheinen und war eine Folge der stark sozialistischen Orientierung der Politik der Regierung Pierlot.

Wie deckt das *Impero Mussolinis* seine nicht unbeträchtlichen Kriegskosten? Bisher war der Anleiheweg bevorzugt worden und er stellte die wesentlichste Quelle der Geld- und Güterbeschaffung während des abessinischen Feldzuges dar. Diesmal scheint man sich für den Typus der *Steuerfinanzierung* entschieden zu haben. Bei diesem Entschluss dürfte das Anwachsen der nationalen Schuld auf über 100 Milliarden nicht unberücksichtigt geblieben sein. Ausserdem rechnet Italien mit einem rasch beendeten, siegreichen Krieg.

Die Neuausgabe von Banknoten wird ebenso beschränkt werden wie der Anstieg der Preise. Italien kann es sich wirtschaftlich nicht leisten, in eine neue Inflation zu geraten. Es hat die Folgen der Aufblähung der Zahlungsmittel während des Weltkrieges noch nicht ganz überwunden. Andererseits konnte man auch nicht allzu scharf in der Besteuerung vorgehen. So wurde die Umsatzsteuer vereinheitlicht, ausgedehnt, erhöht. Von ihr erhofft man begreiflicherweise einen beträchtlichen Mehrertrag und zugleich die erforderliche Verbrauchsbeschränkung. Schätzungsweise soll diese Steuererhöhung, der sich noch eine Reihe weiterer beigesellen, etwas über ein Drittel der Kriegs-

¹⁹⁾ Vgl. Handelsblatt der Basler Nachrichten, Belgiens Wirtschaft im Kriege, 10. Mai 1940.

²⁰⁾ Fortdauernder Preisanstieg im Ausland, in Wirtschaftsblatt der Frankfurter Zeitung vom 24. Mai 1940.

kosten decken. Ein weiteres Drittel wird wohl auf dem Anleihe-
wege aufgebracht werden, in Form von niederverzinslichen kurz-
fristigen Anleihen. Als Drittes bleibt die Geldschöpfung übrig,
die ja schon in dem Ersatz der Münzen durch Banknoten, die
sich ungehinderter vermehren lassen, ihren Ausdruck findet. End-
lich darf man nicht vergessen, dass die Zeit der «Non-Bellige-
ranza» der italienischen Wirtschaft bedeutende Vorteile brachte
und daher das Anziehen der Steuerschraube durchaus erträglich
machte.

Alles in allem kann man sagen, dass die italienische Kriegs-
finanzierung vom Geiste der Sachlichkeit und Mässigung ge-
tragen ist. Sie sieht sich einer besonders schwierigen Aufgabe
gegenüber, denn Italien führt nun schon seinen vierten Krieg,
möge auch der albanische Feldzug militärisch kaum zu rechnen
sein, so hatte er doch hohe Anforderungen an die italienische
Finanz und Wirtschaft gestellt. Der spanische Feldzug war eben-
so langwierig als kostspielig gewesen. Es kommt nun alles dar-
auf an, dass die schon fast an die Grenze des Zuträglichen an-
gelangte Besteuerung nicht noch weiter vermehrt, sondern auf
kluge Weise abgebaut werde.²¹⁾

Das tapfere *Finnland* war nicht bloss auf dem Schlachtfelde
mutig und entschlossen, es war auch in der Innenpolitik ent-
schlossen und opferbereit. Man kann sagen, dass einzig Finnland
die erforderliche Deflation während der Weltwirtschaftskrise
auch der Arbeiterschaft gegenüber durchzusetzen vermochte. Bei
dem Ueberwiegen des Bauernstandes war das übrigens begreif-
lich und Finnland zog daraus keine geringen Früchte. Den Ar-
beitern kam man in weitestem Sinne entgegen, verlangte aber,
dass der Krisengewinn der noch arbeitenden Arbeiterschaft zum
Teil der notleidenden Arbeiterschaft zugute komme.²²⁾

«Der Winterkrieg verursachte natürlich grosse Veränderun-
gen in den Finanzen des finnischen Staates. Ueber die Gesamt-
kosten des Krieges hat man noch keine genauen Angaben ver-
öffentlicht, aber man schätzt, dass sie wohl etwa 10 Milliarden
Finnenmark betragen werden. Dagegen hat man über die Wir-
kung des ersten Kriegsmonates auf die finanzielle Lage offizielle
Mitteilungen gemacht, die sehr interessant sind.»²³⁾

Finnland weigerte sich, die Kriegskosten durch teilweise Auf-
zehrung des Volksvermögens zu bestreiten, dagegen nahm man
zur *Anleihefinanzierung* seine Zuflucht, möge dies nun auf dem

21) Die italienische Wirtschaft im Krieg, «Bund» 5. Juli 1940, Abendaus-
gabe (Handelsteil).

22) Louis Tissot: Finances finlandaises, in Revue d'économie politique,
janvier-février 1940, S. 95—101.

23) Kriegsfinanzierung in Finnland, «Bund» 11. Juli 1940, Nr. 320.

Weg der Anleihe oder der Papiergeldausgabe geschehen sein. Die Staatsschuld Finnlands betrug bei Ausbruch des Krieges 3600 Millionen Finnenmark oder rund 90 Schweizerfranken pro Kopf der Bevölkerung. Es handelte sich fast ausschliesslich um inländische Schulden, da die ausländischen während der Krisenjahre zu einem beträchtlichen Teil zurückbezahlt worden waren. Zur Vorbereitung der Landesverteidigung und für die erste Kriegskostenbestreitung dienten Anleihen in der Gesamthöhe von 830 Millionen Finnmark. ²⁴⁾

Die Staatsbank, welche bisher dem Staat nur auf dem Wege des Abkaufes von Obligationen Vorschüsse geleistet hatte, ging anfangs Dezember dazu über, dem Staat direkte Vorschüsse zu gewähren: im ganzen 600 Millionen während des letzten Monats des Jahres 1939. Daneben wurde die Menge des umlaufenden Papiergeldes noch beträchtlich vermehrt, fast um 100 %, nämlich von 2086 Millionen im Januar 1939 auf 4039 am 31. Dezember 1939. Es führte das zu einer nicht unbeträchtlichen Steigerung der Preise, die ausserdem noch durch Zufuhrschwierigkeiten erhöht wurde. Trotzdem war das ausgegebene Papiergeld noch überreichlich, nämlich mit 130,4 %, mit Gold und Devisen und Inlandsguthaben gedeckt.

Auf das Ausland konnte Finnland nicht zurückgreifen. Sein Export musste infolge der Generalmobilisation stark vermindert werden und die Anleihebereitschaft der Grossmächte äusserte sich auch mehr in Worten als in Taten, wenn man von der freiwilligen Hilfeleistung Italiens absieht. Es nützte Finnland so gut wie nichts, dass es beträchtliche Mengen Pfund, Dollars, französische Franken angehäuft hatte, zusammen über 1730 Millionen Finnmark. Auch sein Goldbestand war von relativ geringem Nutzen. Nur die gesunde Sozialpolitik und Sparpolitik seiner Regierung gereichte dem Lande zum Vorteil.

«Ende 1939, nach dem ersten Kriegsmonat, hielt sich die Staatsschuld Finnlands immer noch in bescheidenen Grenzen, und der Gesamtbetrag des Papiergeldes war nicht stärker angewachsen, als es unter den herrschenden Umständen notwendig war. Weil die Deckung des Papiergeldes ausserordentlich gut war und weil sein Gesamtbetrag nicht weiter angewachsen ist, besteht vorläufig keine Besorgnis für eine weitere Verschlechterung des Geldwertes. Mit andern Worten: es besteht keine Gefahr für ein Umsichgreifen der Inflation. Die Staatsschuld ist natürlich beträchtlich gewachsen, aber die finnische Volkswirtschaft steht auch nach dem Kriege auf einem sehr gesunden Boden, und vom Volkseinkommen kann der Staat nach dem Frieden

²⁴⁾ Finnlands Wiederaufbau, Deutsche Allg. Ztg. 23. April 1940.

wieder genug durch Steuern bekommen, um die Zinsen und die Amortisierung der Schuld zu bezahlen.»²⁵⁾

Dieses Urteil dürfte etwas stark optimistisch orientiert sein: man vergesse nicht, dass die Staatsschuld sich, die Kosten der Evakuierung der abgetretenen Gebiete inbegriffen, fast verdreifacht hat, nach neuesten Angaben auf 8,7 Milliarden gestiegen ist, dass wertvolle industrielle Gebiete verloren gegangen sind, dass bedeutende Werte im Lande selbst vernichtet wurden, dass die Ausfuhrmöglichkeit geringer geworden sind. Nach England und Frankreich wird Finnland nicht mehr so rasch die gleichen Mengen wie früher exportieren. Deutschland kam Finnland sehr entgegen. Es wird ihm die nötigen Produktionsgüter zur Verfügung stellen, um sich umstellen zu können, und wird auch einen beträchtlicheren Anteil der finnischen Ausfuhr übernehmen, ungefähr 75 % mehr als im Vorjahre. Trotzdem dürfte es Finnland nicht leicht fallen, all der Schwierigkeiten Herr zu werden, denen es sich gegenübergestellt sieht. Finnland wird ebenfalls nach einer gewissen Autarkie streben und seinen Bergbau und seine Industrialisierung steigern müssen.²⁶⁾

Finnland erhärtet, dass ein kleines Land selbst unter äusseren ungünstigen Umständen grosser finanzieller Schwierigkeiten Herr werden kann.

Wie wird in *Grossbritannien* der Krieg finanziert? Auch hier herrscht die Anleihenfinanzierung vor, möge sie auch von einer intensiven Steuerfinanzierung unterstützt werden. Ein Vergleich mit dem Weltkrieg dürfte lehrreich sein. «Die im Weltkrieg von England bevorzugte Form der Kaufkraftübertragung auf den Staat war die Besteuerung. Von den Gesamtausgaben wurden 28 % durch Steuern aufgebracht. Zu Beginn des gegenwärtigen Krieges ist programmatisch verkündet worden, dass auch nunmehr die Steuern die wichtigste Finanzierungsform sein sollen.»²⁷⁾ Nur bestand zum Weltkrieg der Unterschied, dass damals wenigstens ein aufrichtiger und nicht erfolgloser Versuch der Steuerfinanzierung unternommen wurde, während heutzutage sofort auf die Programmverkündung die gegenteilige Tat folgte, weil sie von den Umständen aufgezwungen worden war.

Was für neue Steuern brachte der Krieg in England? Das erste war eine Kriegsgewinnsteuer, welche anfänglich 60 % des erzielten Mehrreingewinnes betrug. Diese Steuer war von Grund auf falsch veranlagt und zeitigte daher auch nicht die erwarteten

25) Zit. Bund-Artikel.

26) Finnlands Bergbau vor neuen Aufgaben, Deutsche Allg. Ztg. vom 9. VII. 1940.

27) Dr. W. Hoffmann, Probleme der englischen Kriegsfinanzierung, Weltw. Archiv, Bd. 51, Heft 3, S. 574.

Ergebnisse. Jüngstens erklärte Sir John Simon, dass diese Steuer auf 100 % erhöht werde. Damit ist aber nichts gewonnen. «Für die Einführung neuer Verbrauchssteuern fehlte bisher der organisatorische Apparat. Trotzdem hat nunmehr der Finanzminister am 23. April 1940 eine Umsatzsteuer beim Grosshandel von allen Waren ausser Lebensmitteln angekündigt.»²⁸⁾

Was die Steuererhöhungen angeht, so ist zu bemerken, dass sofort nach der Kriegserklärung an Deutschland die Einkommenssteuer von 27,5 % auf 37,5 % erhöht wurde. Der erreichbare Höchstsatz beträgt 50 %. Das gesamte Volkseinkommen beläuft sich nach der höchsten, vom «Economist» aufgestellten Schätzung auf 6 Milliarden Pfund Sterling. Doch gilt diese Aufstellung für Friedensverhältnisse und dürfte bei der Grösse des Auslandsdienstes infolge des Krieges bedeutend reduziert worden sein, da ja sowohl Schifffahrt als Ausfuhr als Zinsendienst fremder Schuldner teils in Wegfall kommen, teils beträchtlich reduziert sind. Die Einkommenssteuer betrifft nur annähernd 1,5 Milliarden Einkommen. Drei Viertel erreichen die Mindesteinkommenshöhe von 250 Pfund nicht und sind daher steuerfrei. Von den 6,6 Milliarden werden 4,4 für reine Konsumgüter ausgegeben. Die Erhöhung der Einkommenssteuer dürfte deswegen fast wirkungslos sein, weil infolge des Krieges die steuerbelasteten Einkommen im Gegensatz zu den steuerfreien stark vermindert wurden. Wenn Sir John Simon sich durch erwähnte Erhöhung eine Einnahmenvermehrung von 300 Millionen Pfund erhofft, so hat er fast sicher eine Fehlrechnung gemacht. Nach unseren eigenen Berechnungen dürfte die tatsächliche Zunahme höchstens ein Viertel davon betragen. An sonstigen Einnahmen, wie Zölle, Stempelsteuern und so fort wird auch eine Verringerung eintreten.²⁹⁾

Im Gegensatz zu Deutschland verfügt aber Grossbritannien über gewisse *Reserven*, die ihm in der aussenwirtschaftlichen Kriegsfinanzierung zugute kommen werden. In manchen Ländern werden diese Posten ungemein hoch veranschlagt. Es gibt Leute, die meinen, die Gold- und Devisenvorräte könnten das tragische Problem der englischen Kriegsfinanzierung lösen. Das ist ein tiefgreifender Irrtum. Zuerst müssen wir einmal die wahrscheinlichsten Kriegskosten mit diesen Reserven in Uebereinstimmung bringen. Nach Sir John Simon soll das Jahr 1940/41 ungefähr 2250 Millionen verschlingen, oder 38 Milliarden Schweizerfranken. Wiederum unterlief dem berühmten englischen Finanzminister ein Rechenfehler ungeheuerlichsten Ausmasses.

²⁸⁾ Ebenda, siehe 27.

²⁹⁾ Vgl. The Economist, 12. August 1939, S. 305/07: Mobilising Foreign Assets.

Er wählte, die Kosten des Krieges würden sich eher vermindern und die Einnahmen Englands steigen. Ganz bestimmt ist das Gegenteil der Fall. Die Kosten werden mit den Preisen steigen und die Einnahmequellen der Nation gewaltig zurückgehen. Die Preise sind schon gestiegen, um nur 32 % für die hier massgebenden Grosshandelspreise.³⁰⁾ Jetzt ist diese Zahl schon effektiv weit überschritten. Sollte der Krieg noch weiterdauern, so wird er England nicht 2, sondern mindestens 4½ Milliarden 1940/41 kosten.

Auf steuerlichem Weg lassen sich höchstens 1000 Millionen beschaffen und der Rest von 3500 Millionen muss entweder durch Anleihen oder mittels Aufbrauchen aller verfügbaren Reserven erreicht werden. Grossbritannien dürfte sich gezwungen sehen, beide Wege einzuschlagen. Die Gold-, Devisen- und verfügbare Werttitelreserve beträgt nach optimaler Schätzung zusammen 1,6 Milliarden. Nach ihrem völligen Verzehr würden immer noch 2 Milliarden durch Anleihen aufzubringen sein. Daraus ersehen wir, dass der Goldreichtum und die Devisenvorräte und die liquidierbaren Auslandsanlagen keine so überaus grosse Hilfe bedeuten.

Denn Grossbritannien muss weit mehr importieren als es zu exportieren vermag. Trotz der sehr beträchtlichen Arbeitslosenzahl wird es seine Ausfuhr kaum zu steigern vermögen, da es an Umstellungsmöglichkeiten seiner Industrie und an qualifizierten Arbeitern gebricht. Es fehlt dieser Nation aber sowohl an Lebensmitteln als auch an Rohstoffen. Nur wenige Staaten Europas waren so wenig auf Autarkie bedacht als das seemächtige England, dessen Landwirtschaft in argem Rückstand ist. «Könnte England sich mit Nahrungsmitteln und Rohstoffen selbst versorgen, so wäre die Frage der Ausgabendeckung leichter zu beantworten. Denn bei einer geschlossenen Wirtschaft besteht nur das Problem, wie man die Mittel aufbringt, anders ausgedrückt, wie man die Arbeitskräfte ansetzt.»³¹⁾

Den Löwenanteil der Finanzierung wird demnach neben der Verzehrung des liquiden Volksvermögens (Gold-, Devisen-, Wertanlagen-, Vorratsverzehr) die kurz-, mittellang-, langfristige Anleihe haben. Es bleibt daneben noch die schon teilweise ausgenützte Möglichkeit der Inflation. Die bisherigen Erfahrungen sind keineswegs ermutigend. Das Publikum zeigt sich den niederverzinslichen Anleihen gegenüber weit weniger aufgeschlossen als man erwartet hat. Nur durch die mehr oder minder

³⁰⁾ Zit. Art. Preisanstieg und «Peinliche Fragen an Chamberlain», Frankfurter Zeitung vom 17. Januar 1940.

³¹⁾ Hoffmann, zit. Art. S. 573.

zwangsmässige Beteiligung der öffentlichen und halböffentlichen Finanzinstitute gelang es, einige Anleihen unterzubringen.

Nach diesen Erwägungen können wir der Schlussfolgerung des ausgezeichneten Artikels von Dozent Dr. Hoffmann zustimmen «Die Möglichkeit der Aufbringung der Deckungsmittel im Innern und der erforderlichen Zahlungsmittel für das Ausland sind in jedem Fall wesentlich beschränkter als im Weltkrieg. Die Notwendigkeit, den Verbrauch zugunsten der Kriegsführung einzuschränken, bzw. länger und produktiver zu arbeiten, stellt England vor das entscheidende Problem seiner Wirtschaftsstruktur: wird es den Weg zu einer Ordnung der Wirtschaft finden oder — wie im Weltkrieg — die Politik des muddling through abermals versuchen?» 32³²⁾)

Eine längere Zeit der Beobachtung gewähren uns *Japans Kriegsfinanzen*. Es treten da besonders bemerkenswerte Erscheinungen auf. Die nationale Schuld ist in fortwährendem Anstieg begriffen: 1936 als der chinesisch-japanische Krieg wiederum aufzuflackern begann, wies das fernöstliche Kaiserreich eine Verschuldung von 10,307 Millionen Yen auf.³³⁾ In den ersten Monaten des Jahres 1940 war die Schuld schon auf 20,561 Millionen Yen angewachsen, also um rund 100 %. Das ist für ein rohstoffarmes Land eine beträchtliche Summe. Ausserdem sind die Goldreserven Japans und die Devisenbestände fast ganz aufgezehrt, so dass der Import immer schwieriger wird. Glücklicherweise verfügt Japan über eine grosse Flotte und eine sehr leistungsfähige Exportindustrie. Sie ersetzt in hohem Mass die fehlenden Reserven.

Jüngstens ging Japan zu einer originellen Form des Zwangsparens über. Es sollen 500 Millionen Yen zinsloser Anleihen ausgegeben werden, und zwar in sehr variierender Bestückung, bis zu Abschnitten von 5 und 10 Yen. Jedermann ist verpflichtet, nach Massgabe seines Einkommens und unter Abzug eines eventuellen Altbesitzes an Staatsanleihen, solche zinslose Obligationen zu zeichnen. Den Arbeitern und Angestellten werden Teile ihres Lohnes auf diese Weise ausgezahlt. Nach fünf bis sechs Jahren will der Staat diese Anleihe mit einem gewissen Aufgeld zurückbezahlen. Ausserdem sind mit der Zeichnung der Anleihe lotterartige Gewinne verknüpft, die auch erst in sechs Jahren fällig sind.

«Freilich: was sind schon 500 Millionen, selbst wenn sie voll gezeichnet werden sollten? Das japanische Budget ist mit rund

³²⁾ Ebenda S. 589.

³³⁾ Statistical Year Book of the League of Nations 1938/39, Geneva 1939, S. 282.

10,5 Milliarden Yen in einer unerhörten Rekordhöhe verabschiedet worden. Und schon beginnen die Nachtragsetats aufzutauchen, die das wirkliche Budget des Jahres auf rund 15 Milliarden bringen werden. Nicht weniger als 6 Milliarden neuer Staatsanleihen sind zur Deckung des Jahresdefizits vorgesehen. Das ist schon jetzt um rund eine Milliarde mehr als noch vor zwei Monaten vom Finanzminister geschätzt wurde. So schnell entwickeln sich die Dinge in Japan. Kein Wunder, dass man sich in Regierungskreisen fragt, ob das japanische Volk «reif» für diese gewaltige Opferpolitik sei. Eine der ersten Handlungen des Ministerpräsidenten Yonai, der mit grosser Frische und Energie an seine Aufgabe heranging, war die Reform der Zentralliga zur geistigen Mobilisation der japanischen Nation . . . Die Nation soll nun aufgeklärt und aufgerüttelt werden. Das ist das alte Mittel, wenn die Dinge schief zu gehen beginnen.»³⁴⁾

Japan machte den interessanten Versuch, alle nur erdenkbaren Hilfsquellen heranzuziehen und sie gleichsam bis zur Erschöpfung anzuspannen. Vom Mandschurei-Konflikt angefangen, der teilweise aus den Mitteln finanziert wurde, die man dem eroberten Lande selbst entnahm — eine früher häufig angewandte, heute nur noch selten gebrauchte originelle Art der Kriegsfinanzierung — bis zum Zwangssparen: zuerst Steuererhöhung, dann Neuschaffung von Steuern, dann Verzehr der Gold- und Devisenreserven, dann Mittelbeschaffung durch ein Aussenhandelsdumping, dann Anleihen aller Art. Es ist unglaublich, was sich aus einem armen Volk herauspressen lässt, wenn man nur die gesamte Bevölkerung, statt einigen wenigen Schichten erfasst.

Japan gibt allen Völkern eine wertvolle Lehre: die unerhörte Kostspieligkeit der modernen Kriege. Dabei darf man nicht vergessen, wie genügsam der Ostasiate ist und dass Japan ein Teil der Kriegskosten dem eroberten Teil Chinas aufbürdet. Zudem wird dieser Krieg nicht mit einer Intensität geführt, wie sie in Europa unbedingt vorhanden wäre. Kriegführen war immer schon teuer. Aber erst der japanisch-chinesische Konflikt zeigt, dass Kriegführen unermesslich teuer geworden ist. Es ist aber bemerkenswert, dass Japan trotz seiner schwierigen Lage bisher auf eine allgemeine Vermögensabgabe verzichtete.

Holland bietet insofern Interesse als der Krieg dort nur sehr kurze Zeit dauerte. Seine vorherige Kriegsfinanzierung kann daher als diejenige der defensiven Kriegsbereitschaft angesprochen werden.

Als Charakteristikum darf gelten: die Mittel nach Möglichkeit auf dem Steuerwege und durch Einsparungen bereitzustellen.

³⁴⁾ Dr. F. W.: Finanzielle Schwierigkeiten in Japan, Bund, 24. Juni 1940, Nr. 291.

Das Budget 1940 war sogar niedriger als dasjenige von 1939. Die Mobilisationsausgaben waren an die Stelle der Sozialausgaben getreten. Abgesehen von seltensten Fällen sollte keine Arbeitslosenunterstützung mehr ausgezahlt werden, denn nach der Mobilisation konnte wirklich niemand mehr behaupten, dass es unmöglich sei, Arbeit zu finden. Die Einkommenssteuer wurde bis an die Grenze des Tragbaren erhöht. Doch erwies sich die Steigerung der Luxussteuern als weit wirksamer. Zusätzliche Geldmittel erhoffte man durch Anleihen und Geldschöpfung bereitstellen zu können.

Beachtenswert war die schon gleich zu Beginn des europäischen Konfliktes vorgenommene Reorganisation des öffentlichen Haushaltes. Eine beträchtliche Zahl von «Schmarotzerposten» von oft beträchtlicher Höhe wurden ausgeschieden, durch Herabsetzung der Sozialausgaben eine Grundlage zur Verbrauchsbeschränkung geboten. Die Preisabstoppung gelang nur bis zu einem gewissen Grad, immerhin befriedigender als in England und Belgien.³⁵⁾

Wie stand es nun in *Frankreich* mit der Kriegsfinanzierung? Man versuchte daselbst einen Doppeltypus zu realisieren: Steuerbelastung bis zum äussersten und Anleihepolitik soweit es ging. Die finanzielle Vorbereitung erfolgte unter dem Zeichen der Inflation. Steuer- und Schuldeninflation hatte ja die Regierung Blum ihren weniger glücklichen Nachfolgern vermacht. Nicht bloss Inflation, sondern eine finanzielle Misswirtschaft ohne gleichen. Reynaud brachte wieder etwas Ordnung in den öffentlichen Haushalt. Er machte verzweifelte Anstrengung, um Frankreich aus einer Lage zu bringen, in die es durch die ausschliessliche Schuld der Volksfront geraten war.

Die Steuern erreichten einen noch nie dagewesenen und die gesamte Wirtschaft lähmenden Höhepunkt. Reynaud brachte ein Kriegsbudget ein, dessen Höhe fast an die des gesamten französischen Volkseinkommens zu Friedenszeiten heranreichte. Davon sollten zwei Drittel durch Steuern und ein Drittel durch Anleihen gedeckt werden. Trotzdem der Franzose an hohe Steuern gewohnt war und diese meist indirekt zur Einforderung gelangten, so glückte der Plan Reynauds doch nur, bis man an seine Ausführung schritt. Man muss daher scharf zwischen der geplanten und der tatsächlich erfolgten Kriegsfinanzierung unterscheiden.

Was letztere angeht, ist besonders hervorzuheben, dass ein beträchtlicher Teil der erforderlichen Mittel durch Banknotenausgabe beschaffen wurde. Das erklärt auch die Steigerung der

³⁵⁾ Hollands Staatsfinanzen, Bund, 19. I. 1940, Nr. 31.

zirkulierenden Masse von 123 Milliarden am 17. August 1939 auf 170 Milliarden am 4. Mai 1940. Ausserdem gewährte die französische Nationalbank der Staatskasse einen kurzfristigen zinslosen Vorschuss von zuerst 6, dann 8 Milliarden. Auf diese Weise standen dem Staat durch rein inflationistische Geldschöpfung nicht weniger als 55 Milliarden zur Verfügung. In Deutschland war die Menge der umlaufenden Banknoten auch von 10,907 auf 12,594 Milliarden erhöht worden. Aber hier stoppte eine unerbittliche Preiskontrolle die inflationistische Wirkung unerbittlich ab. Zudem bestand in Frankreich schon lange Inflation und daher wirkte sich die neue Flut von Banknoten trotz aller gegenteiligen Scheines recht ungünstig aus. Das Volk besass zuviel Geld und wollte sich daher die erforderlichen Restriktionen nicht gefallen lassen. Das Steuersystem blutete ja nur einige gleichsam weiss, während es die «arbeitenden» Massen soviel als möglich schonte.³⁶⁾

Solange der Angriff deutscherseits unterblieb, schien alles zum Besten zu gehen. Im Gegensatz zu Grossbritannien, das schon seine erste Kriegsanleihe mit gewissem Misserfolg auflegte, fanden die kurzfristigen französischen Anleihen, die Schatzscheine, rege Nachfrage, so dass etwas unter 14 Milliarden aufgelegt werden konnten. Börse und Währung schienen den Anstürmen der Zeit wacker standzuhalten. «Da der sichtbare Goldhort fast unverändert blieb, schwankte der Deckungssatz zwischen 59,42 Ende August, 58,46 Ende September, 60,35 Ende Oktober, 59,41 Ende November, 57,90 Ende Dezember, 57,71 Ende Januar. Dieser Deckungssatz entspricht, wie man weiss, der Wirklichkeit nicht. Praktisch steht er höher, da zum Goldhort der Bank die bedeutenden unsichtbaren Goldreserven des Devisenfonds hinzuzurechnen wären und die Einschätzung des sichtbaren Goldbestandes nicht mit dem jetzigen Kurs der Währung übereinstimmt.»³⁷⁾

Zusammenfassend kann man sagen, dass die Kriegsfinanzierung in Frankreich folgende Wege tatsächlich eingeschlagen hat:

a) innenwirtschaftlich:

1. Inflationistische Geldschöpfung durch Vermehrung der Banknotenausgabe
2. Erhöhung der direkten und der indirekten Steuern;
3. Ausgabe kurzfristiger Anleihen;

³⁶⁾ Monatsbericht der Schweizerischen Nationalbank, 15. Jahrg., 6. Heft, Juni 1940, S. 48.

³⁷⁾ Französische Finanzen und Wirtschaft nach fünf Monaten Krieg, Bund 13. Februar 1940, Nr. 73, sowie Ueberanstrengte Potenzen, in Frankfurter Zeitung, Handelsteil vom 7. Januar 1940.

4. Neubewertung des Goldstandes;
5. Vorschüsse von der Nationalbank an die Staatskasse.

b) aussenwirtschaftlich:

1. Einsatz des Währungsverteidigungsfonds;
2. Realisierung von Devisen- und Auslandsguthaben;
3. Versuchte Exportsteigerung.

Der wesentliche Unterschied zum Weltkrieg bestand darin, dass Frankreich von Amerika keine Anleihen zu erlangen vermochte. Die Exportsteigerung gelang auch nur in derart unbefriedigendem Masse, dass sich die Regierung veranlasst sah, eine allgemeine Einfuhrsperre zu erlassen.

General Francisco *Franco* verwirklichte eine Finanzierungsart, die wohl nur in gewissen Fällen möglich ist. Er begann den Kampf fast ohne Truppen und ohne hinreichende Bewaffnung. Wie er sich in heldenhaftem Kampf die erforderlichen Waffen errang, so fand er auch in den eroberten Gebieten die nötigen finanziellen Mittel. Gewiss standen ihm Italien und Deutschland zur Seite, aber gleichsam nur als Antwort auf die weit umfassendere, wenn auch unwirksamere Hilfe, die England und Frankreich dem roten Spanien angedeihen liessen, über deren Ausmass erst die jüngsten Veröffentlichungen des spanischen Innenministeriums Klarheit geschaffen haben. Während des spanischen Bürgerkrieges wurde so der dritte Typus der Kriegsfinanzierung verwirklicht. Gewiss war das nicht die ausschliessliche Mittelbeschaffung. Auch *Franco* griff auf die Geldschöpfung zurück. Da er sie aber mit einer klugen Preispolitik verband, so wirkte sie nur in bescheidenem Masse inflationistisch.

Es bleibt uns noch eine letzte Finanzierungsart zu prüfen übrig. Wie finanzierte denn *Russland* den Feldzug gegen Finnland? Durch eine Vermögensabgabe. Wie ist das aber in dem Staat möglich, der ja kein Privateigentum mehr kennt? Die Sache wurde so eingefädelt: Seit zwei Jahren ist wieder eine beschränkte Kapitalbildung gestattet. Kurz vor dem finnländischen Krieg erklärte nun der russische Staat, dass jeder Kommunist gezwungen sei, so und so viel von der neuen zinslosen Kriegsanleihe zu zeichnen. Wer wieder etwas zusammengespart hatte, dem wurde es so wieder weggenommen, und wer nichts gespart hatte, der musste jetzt eine Schuld eingehen, um Anleihen zeichnen zu können, und wird diese Schuld, die hoch verzinst werden muss, von seinem kläglichen Einkommen abbezahlen. Doch war diese nur wenig verhüllte Form der Vermögensabgabe nicht die einzige: auch die Korporativen und die Arbeiterfonds wurden herangezogen. Alles musste entsprechend seinem Besitz so und so viel an den Staat abtreten. Darüber hinaus führte man den Neun-

studenten tag wieder ein und die Vergütung für die neunte Stunde ist dem Staat zugefallen.

Die letzte Neuerung in der Sowjetfinanz bedeutet die Aufhebung des wöchentlichen Ruhetages. Damit ist das bolschewistische Russland zum Staat geworden, in dem ununterbrochen gearbeitet wird, von den wenigen nationalen Feiertagen, wie dem 17. Oktober und dem 1. Mai abgesehen. Verdient der Arbeiter deswegen mehr? Nein, er erhält nichts für die Mehrarbeit. Sie ist ein Dienst am «roten Vaterland». Russland ist das einzige Land der Welt, in welchem die ganze Last der Kriegsfinanzierung auf den Arbeitern ruht.

Es ist das ein drastischer Unterschied zu den kapitalistischen Ländern: dort werden die «ausgebeuteten» Arbeiter geschont und man möchte fast sagen verwöhnt. In dem einzigen Arbeiterstaat der Welt aber werden sie geknüttet und ausgepresst. Aber es kommt ja nicht darauf an, was tatsächlich geschieht, es kommt nur darauf an, was man dem arbeitenden Volk glaubhaft machen kann. Das ist übrigens eine für die Kriegsfinanzierung überaus wichtige Tatsache: auch hier spielt das Wie die entscheidende Rolle. Das Volk ist bereit, Unsummen an Steuern zu zahlen, die ganze Kunst besteht nur darin, es nicht merken zu lassen, wieviel es zahlt. Und darin scheinen gewisse Völker viel geschickter zu Werk zu gehen als andere.

II. Schlussfolgerungen.

Wir sehen davon ab, den Fall der Schweiz hier zu behandeln. Nach dem Vorausgehenden wird sich jedermann selbst das richtige Bild entwerfen können. Mit Sowjetrussland hat die Schweiz das Eine gemeinsam, dass sie ihre Mobilisationskosten auch teilweise durch eine Vermögensabgabe bestreiten will, die den hübschen Namen «Wehropfer» trägt. Wie in England sollen die Reingewinne, die auf die Mobilisation zurückzuführen sind, einer Kriegsgewinnsteuer unterliegen. Die schweizerische Kriegsfinanzierung wird sicherlich nicht als Meisterwerk in die Geschichte der Finanzwissenschaften eingehen.

Eng verknüpft mit der Problematik der Kriegsfinanzierung ist die Frage der *Deflation*. Krieg bedeutet immer und notwendigerweise Inflation. Es kann sich nun um eine Inflation handeln, die in ihren Wirkungen abgestoppt ist, wie das in Deutschland der Fall sein dürfte, und dann bereitet das Deflationsproblem keine Schwierigkeiten. Es kann aber auch sein, dass bei ungenügend strenger Organisation der Preiskontrolle die Preise auf Umwegen emporschnellen und sich dann das zwiespältige Bild einer doppelten Preisentwicklung ergibt: stark erhöhte Preise in der Wirklichkeit und stabilere Preise in der offiziellen Preisstatistik. Hier

wird die Deflation als notwendige Massnahme der Sanierung der Finanzen in Erscheinung treten. Damit rollen wir die überaus heikle und weder theoretisch durchdachte noch praktisch gelöste Frage der *Nachkriegsfinanzen* auf. Folgende Worte kennzeichnen sie: Reduktion der Steuersätze und Aufhebung der vorübergehend notwendigen Sondersteuern, Abbau der Zollschränken, Erniedrigung der Preise und — der Löhne. Eine Nachkriegszeit ohne Deflation bedeutet unfehlbar Fortsetzung, ja Steigerung der Krise, der Arbeitslosigkeit, des wirtschaftlichen Ruins.

Die Staatsschuld muss abgebaut werden. Die Wirtschaft muss neu organisiert werden. Die Einkommensverteilung muss wieder ausschliesslich im Sinne der wirtschaftlichen Leistung, sei es nun einer direkten oder indirekten, erfolgen. Das sind alles folgenschwere, konkret ungeheuer verwickelte, durch Dazwischentreten von heterogenen Faktoren fast unlösbar gewordene Fragen. Es ist sehr leicht, auf sie hinzuweisen, es ist aber schon heikler, sie richtig zu formulieren, es ist sozusagen ausgeschlossen, sie zu lösen, wenn nicht *ein Wille*, der sich durchsetzt, hinter der konkreten Einsicht der nationalen Notwendigkeiten steht.

So oft scheint es, die Finanzwissenschaft habe versagt. Alle Lehren des Auslandes, alle Einsichten der Vergangenheit, alle Bearbeitung eines oft unübersichtlichen Materials, all die persönliche Erfahrung sind meistens für nichts und wider nichts gewesen. Der Grund liegt aber keineswegs in der Finanzwissenschaft, sondern in der Einstellung der Menschen zu den Problemen des Tages.

Man spricht von Erneuerung. Und doch vollzieht sich eine Erneuerung nie in Worten. Man fasst Resolutionen. Und doch ist nach einem alten Sprichwort der Weg zur Hölle mit guten Vorsätzen gepflastert. Es kommt heute nur mehr auf eines an: Wille und Leistung. Es stünde um all die Fragen des öffentlichen Lebens weit besser, wenn mehr Wille und mehr Können vorhanden wären. Doch der Wille ist das Element des Opfers. Nichts scheut die heutige Welt so sehr als das Opfer. Daher werden auch alle finanzpolitischen Entscheidungen *einzig und allein nach Massgabe des geringsten Widerstandes getroffen*, wie es der italienische Finanzwissenschaftler Lolini schon vor dreissig Jahren durchaus zutreffend formliert hat.³⁸⁾

Früher glaubte man noch reine Wissenschaft treiben zu können. Heute ist man überzeugt, dass alle Wissenszweige sich in dem einen kreuzen und schneiden, der als Lehre vom wahren Menschen bezeichnet wird. Auch der Finanzpolitiker muss im-

³⁸⁾ Lolini, L'attività finanziaria nella dottrina e nella realtà, S. 480.

mer mit dem Menschen rechnen, dem Menschen, wie er wirklich ist, voll Eigensucht, voll Bequemlichkeit, voll Bedürfnissen aller Art, aber möglicherweise geädelt durch Geist und Wille.

Die Kriegsfinanzierung ist mehr ein soziales und anthropologisches als ein rein finanztheoretisches Problem.

NB. Wer sich eingehender mit Kriegsfinanzen beschäftigen möchte, dem empfehlen wir das bandstarke, inhaltsreiche, vielseitige, sehr billige Sonderheft des Weltwirtschaftlichen Archivs (Bd. 51, Heft 3, Jena 1940, Preis 7 RM.) aufs wärmste. Es ist nicht nur die modernste, sondern auch die beste Veröffentlichung auf diesem Gebiet.

Strassenpolizei

Von Oblt. *E. Winkler*, Ter. Str. Pol. Kp. 66.

Im Zuge der enormen Technisierung und Motorisierung der Armeen hat eine so ausgedehnte Beanspruchung der Verkehrswege Platz gegriffen, dass deren spezielle militärische Kontrolle unausweichlich wurde. Die jüngsten Kriegsereignisse aller Weltgegenden bieten hiefür schlagende Belege. Das EMD. hat den grundlegend veränderten Erfordernissen dadurch Rechnung getragen, dass es in der neuen Truppenordnung bestimmte Detachements ausschied, die ausschliesslich der Verkehrsregelung vorbehalten blieben. Es lag nahe, für die zu raschen Handlungen bestimmte Strassenpolizei (Str. Pol.) Mannschaften leichtbeweglicher Truppen zu verwenden. Sie wurde deshalb aus Landwehr- und Landsturmradfahrern gebildet, die damit ein neues und überaus dankbares, wenn auch keineswegs leichtes Arbeitsgebiet erhalten haben. Ob sie ihm erfordernisgemäss zu entsprechen vermögen, wird zwar erst die Zukunft entscheiden. Die bisher begreiflicherweise kurzen Erfahrungen lassen hierüber kein abschliessendes Urteil zu. Wohl aber gestatten sie, in kurzer Orientierung zu zeigen, was die neue Truppe zu leisten imstande ist und vor allem, worin ihre Arbeitsziele liegen. Es mag dadurch — was für ihre Arbeit, wie für den damit zusammenhängenden Erfolg des Gesamtheeres wichtig ist — Verständnis bei den übrigen Waffengattungen gewonnen und so zur Zusammenarbeit zwischen ihnen und damit zur Stärkung der Landesverteidigung beigetragen werden.

Dem Hauptanlass ihrer Schaffung als besondere Truppe gemäss beruht das Wesen der Strassenpolizei auf der Erzielung eines reibungslosen und optimal raschen Verkehrs sämtlicher Truppen hinter der Kampffront. In schärfster begrifflicher Zuspitzung kann es dahin formuliert werden, dass die Str. Pol. dann ihrer Aufgabe gewachsen ist, wenn es ihr gelingt, in Zeiten stärk-